



Pressemitteilung

„Menschen schützen statt Asylverfahren auslagern“ – für mehr Humanität gegenüber Geflüchteten

BDP zeichnet am Weltflüchtlingstag 2024 mit über 300 Organisationen gemeinsamen offenen Brief von PRO ASYL und positioniert sich gegen weitere Abschottung und unmenschliche Fluchtrouten

Berlin, 20.06.2024: Gerade heute am Weltflüchtlingstag 2024 treffen sich die Ministerpräsident*innen der Länder, um über weitere Abschottungsoptionen nach außen und die Verlagerung von Asylverfahren in Drittstaaten zu beraten. Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) spricht sich für eine humanitäre Flüchtlingspolitik aus und zeichnet mit 309 Organisationen den gemeinsamen offenen Brief von PRO ASYL „Menschen schützen statt Asylverfahren auslagern“, um ein deutliches Zeichen zu setzen.

Solange in einigen Regionen der Erde Krieg, Folter, Verfolgung und Unterdrückung alltäglich sind und ein Leben in Frieden unmöglich machen, werden sich Menschen in der Hoffnung auf ein sicheres Leben für eine Flucht entscheiden. Eine zunehmende Abschottung Deutschlands oder der Europäischen Union und Sicherung des Schengen-Raums werden daran nichts ändern. Im Gegenteil, sind die Ausweglosigkeit vor Ort und der Leidensdruck groß genug, werden Menschen trotz aller Hindernisse alle Möglichkeiten für ihre Flucht in Betracht ziehen und auch die gefährlichen Fluchtrouten nutzen, auf denen bereits tausende von Menschen ihr Leben verloren haben.

Die brutale und gewaltsame Zurückweisung, die auch an den Grenzen Europas stattfindet, um die Aufnahme von Geflüchteten zu verhindern, ist eine klare Verletzung von Menschenrechten. Sie ist mit dem deutschen Grundgesetz, in dem die Achtung der Menschenwürde aller Menschen, egal welcher Herkunft verankert ist, unvereinbar.

„An den europäischen Außengrenzen sind Inhaftierungen, mangelnder Zugang zu Sanitär, Essen und Trinken, fehlende medizinische Versorgung selbst in Notlagen bis hin zu Schlägen und Gewalt durch den Einsatz von Hunden bei Flüchtlingen, sogar bei Familien mit Kindern, hinreichend bekannt und mittlerweile beispielweise in den Psychosozialen Zentren in Deutschland gut dokumentiert“, erklärt die BDP-Präsidiumsbeauftragte für Menschenrechte, Eva van Keuk, und fragt: „Wie kann vor diesem Hintergrund davon ausgegangen werden, dass exterritorial auch nur minimalste humanitäre Standards eingehalten werden?“



Integration ist möglich, doch sie benötigt eine sinnvolle Integrationspolitik. Das zeigt das positive Beispiel der gelungenen Integration von zahlreichen ukrainischen Geflüchteten, die in der Aufnahmegesellschaft angekommen sind. Staatliche Maßnahmen der Des-Integration hingegen, wie etwa ein Arbeitsverbot, Sammelunterkünfte, Sachleistungen statt Geld, keine ordentliche Beschulung der Kinder und die Ausgabe einer Gesundheitskarte erst nach drei Jahren, haben leider auch den entsprechenden negativen Effekt. Gerade diese Maßnahmen wurden zuletzt wieder massiv verschärft.

Für mehr Humanität und eine menschwürdige Aufnahme von Geflüchteten zeichnet der BDP daher den gemeinsamen offenen Brief „Menschen schützen statt Asylverfahren auslagern“ und schließt sich dem Aufruf an die Bundes- und Landesregierungen an, das Recht auf Asyl zu schützen.

Ihre Ansprechpartnerin:

Bettina Genée

Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Fon: +49176 58868222

Mail: presse@bdp-verband.de